

Hans Scharpf - Scharpf & Associates

Von: Hans Scharpf - Scharpf & Associates
Gesendet: Montag, 23. Juli 2018 16:18
An: mark.gerth@polizei-hessen.de
Cc: info@fair-taler.de; [REDACTED]
Betreff: Erweiterung Strafanzeige v. 6.3.18 Ermittlungsverf. gegen RA Dr. Blersch u.a. 4440 Js18805/18 StA Wiesbaden

VORAB per Email und per FAX: 06722 911215

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Gerth,

in dem obigen Ermittlungsverfahren 4440 Js18805/18 StA Wiesbaden, VNr. ST/0267068/2018 Polizeistation Rüdesheim, erweitere ich die Strafanzeige vom 6.3.2018 gegen Rechtsanwalt Dr. Jürgen Blersch und Rechtsanwalt Dr. Bernhard Laubach auch auf Richter am Amtsgericht Walczyk, Richter beim Insolvenzgericht Wiesbaden, zuständig im Insolvenzverfahren über das Vermögen des Unterzeichners, Amtsgericht Wiesbaden – 10 IN 542/17 Die Anzeige gegen Richter Walczyk erfolgt wegen des Verdachts der Beihilfe zum mehrfachen Hausfriedensbruch, der mehrfachen Nötigung, eines erneuten Erpressungsversuchs von RA Dr. Blersch (Schreiben vom 10. Juli 2018 - **Anlage** -) sowie zur gemeinschaftlichen strafbaren Verletzung von Datenschutzgrundrechten sowohl des Unterzeichners als auch der Fa. Scharpf & Associates GmbH, jetzt FairTaler GmbH, Berlin, sowie wegen Betruges und Untreue.

Ich stelle Strafantrag wegen aller in Betracht kommenden Delikte. Es besteht der Verdacht von Absprachen zwischen RA Dr. Blersch und Insolvenzrichter Walczyk als auch der Verantwortlichen der Sparkasse Gießen. Die Strafanzeige erfolgt auch im Namen der FairTaler GmbH, Berlin (vormals Scharpf & Associates GmbH).

Der Weiterung der Strafanzeige liegt der aus den **Anlagen** ersichtliche Sachverhalt zu Grunde, den ich wie folgt schildere:

Vorab ist mitzuteilen, dass ich wegen der Rambo-Vorgehensweise von RA Dr. Blersch und seiner Helfer, zu denen ich mittlerweile auch den im Insolvenzverfahren zuständigen Richter Walczyk zählen muss, meine Anwaltskanzlei in Rüdesheim, Grabenstraße 9, die ich mit Rechtsanwalt Stefan Bestgen, Frankfurt am Main, in Kooperation seit Februar 2018 geführt hatte, schließen musste. Des Weiteren musste ich die Beratungsfirma Scharpf & Associates GmbH, die in eigenen Geschäftsräumen in der Grabenstraße 9, Rüdesheim, als Consulting Unternehmen tätig gewesen ist, ebenfalls schließen und sämtliche Mitarbeiter entlassen. Eine Weiterarbeit war wegen der vom Amtsgericht Wiesbaden, Insolvenzrichter Walczyk, auf Antrag von RA Dr. Blersch angeordneten Datensperre und Kommunikationssperre nicht mehr möglich. Zu dem Antrag, der mit falschen Angaben gespickt gewesen ist, wurde ich nicht angehört.

Der Umstand, dass es Dr. Blersch unter Androhung eines erneuten Hausfriedensbruchs mit Hilfe des ihm anscheinend ergebenden Gerichtsvollziehers Kleindienst gelungen war, sich den Zugang zu den privaten Räumen meiner Lebenspartnerin und mir in unserer Mietwohnung [REDACTED] zu verschaffen, hat mich dazu gebracht, nach Berlin umzuziehen, da dieser offensichtlich unzulässige und grundrechtswidrige Beschluss (Verstoß gegen Art. 13 I GG) bis heute nicht von Insolvenzrichter Walczyk aufgehoben wurde, obwohl sowohl RA Dr. Blersch als auch Richter Walczyk bekannt gewesen ist, dass das Haus von [REDACTED] als Mieterin bewohnt wird. Dies ergibt sich aus dem Insolvenzverwaltergutachten von RA Dr. Blersch (**Anlage**), welches ebenfalls mit einer Vielzahl von falschen Angaben behaftet ist. Auch zu diesem Gutachten, welches Grundlage für den Insolvenzeröffnungsbeschluss ist, erhielt ich keine Gelegenheit zur Stellungnahme.

Gegen den Insolvenzeröffnungsbeschluss vom 25.06.2018 ist von mir von Berlin aus sofortige Beschwerde am 18.07.2018 erhoben worden (**Anhang**).

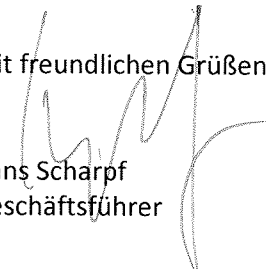
Die für das Ermittlungsverfahren gegen Dr. Heinrich Brauner und Artur Brauner wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung zuständige Berliner Staatsanwaltschaft (StA Simons), AZ 245 Js 31/18 ist informiert worden, weil auffällt, dass sowohl das FA Ffm als auch RA Dr. Blersch keinerlei Anstalten machen, die titulierten Forderungen von mir, die immerhin mehr als 3,18 Mio. betragen, gegen den Steuerbetrüger Brauner einzuziehen, der offensichtlich beste Kontakte zu den politischen Spitzen in Berlin erhält, allerdings dem Land Berlin mindestens 73 Mio. Euro an Steuern schuldet. Es besteht der Verdacht der Strafvereitelung auf höchster Ebene. Die Forderungen von mir sind vollständig werthaltig. Darüber bestehen auch Auszahlungsforderungen gegen die Justizkasse Frankfurt bzw. die Hinterlegungsstelle AG Ffm in Höhe von ca. 90.000€, die ebenfalls zwecks Ausgleichung, zumindest Stundung dem FA Ffm zur Einziehung angeboten worden sind. Seltsamerweise ebenfalls ohne Erfolg und konkrete Würdigung. Ich habe den Eindruck, dass ich regelrecht ausgeschaltet werden soll, vermutlich wegen meiner Schuldenstreikaktionen und damit verbundener Aufklärung über die sogenannte Geldschöpfung aus dem Nichts durch Banken und Sparkassen, die geeignet ist, der Bankenbranche das Vertrauen ihrer Kunden zu entziehen.

In Berlin bin ich seit 16.4.2016 an meinem Wohnsitz [REDACTED] angemeldet (**Anlage**). Das Consulting Unternehmen, dessen alleinige Gesellschafterin Frau Karin Ziegenbein ist, musste ebenfalls den Geschäftssitz nach Berlin verlegen. Der Geschäftssitz der FairTaler GmbH, vormals Scharpf & Associates GmbH, ist jetzt Gaudystraße 6, 10437 Berlin. (**Anlage**). Die FairTaler GmbH soll in eine gemeinnützige GmbH umgewandelt werden.

Die Fortsetzung der Nötigungs- und Erpressungsaktivitäten wird im **Anhang** zu diesem Schreiben dargelegt.

Als Zeugen für den Komplex Wohnungsdurchsuchung ohne ausreichenden richterlichen Beschluss am 20.03.2018 in [REDACTED] Wiesbaden, ehemaliger Ausbildungsleiter für Wirtschaftskriminalität bei der Polizeiakademie Wiesbaden, [REDACTED] Frau [REDACTED] hatte RA Dr. Blersch entgegen meinem Willen die Durchsuchung meiner Privaträume in der gemeinsamen Wohnung mit Frau [REDACTED] gestattet, um zu deeskalieren. Herr [REDACTED] sollte mich bei dem Termin in Wiesbaden bei Richter Walczyk am 9.3.2018 als Zeugen begleiten. Für mich war insbesondere das Eindringen mit meine Privaträume und mein Privatsphäre ein entwürdigender Akt von Ausschnüffelung, der an Skrupellosigkeit und Abgestumpftheit seinesgleichen sucht und von krimineller Energie zeugt. Richter Walczyk drohte mir in der mündlichen Anhörung am 27.04.2018 Beugehaft an für den Fall, dass ich nicht mit RA Dr. Blersch kooperiere. Der Umstand, dass bereits der Insolvenzgrund, angebliche Einkommenssteuerschuld aus 2011- 2014, bereits durch Zahlung weggefallen war, interessierte ihn nicht (Zeugnis Rechtsanwalt Sascha Walter, Frankfurt am Main).

Mit freundlichen Grüßen


Hans Scharpf
Geschäftsführer

FairTaler GmbH
Gaudystraße 6, 10437 Berlin
Mobil: 0170 2930801
info@fair-taler.de;
HRB 186757 B AG Charlottenburg
USt. -ID DE814 705 548

*** FAX SENDEBERICHT ***

SENDUNG OK

AUFTRNR.	0161
EMPFÄNGERADRESSE	00496722911215
SUBADRESSE	
EMPFÄNGER ID	
STARTZEIT	23/07 15:27
SE/EM ZEIT	01' 13
SEITEN	2
ERGEBNIS	OK

Hans Scharpf - Scharpf & Associates

Von: Hans Scharpf - Scharpf & Associates
Gesendet: Montag, 23. Juli 2018 16:18
An: mark.gerth@polizei-hessen.de
Cc: info@fair-taler.de; [REDACTED]
Betreff: Erweiterung Strafanzeige v. 6.3.18 Ermittlungsverf. gegen RA Dr. Blersch u.a. 4440 Js18805/18 StA Wiesbaden

VORAB per Email und per FAX: 06722 911215

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Gerth,

in dem obigen Ermittlungsverfahren 4440 Js18805/18 StA Wiesbaden, VNr. ST/0267068/2018 Polizeistation Rüdesheim, erweitere ich die Strafanzeige vom 6.3.2018 gegen Rechtsanwalt Dr. Jürgen Blersch und Rechtsanwalt Dr. Bernhard Laubach auch auf Richter am Amtsgericht Walczyk, Richter beim Insolvenzgericht Wiesbaden, zuständig im Insolvenzverfahren über das Vermögen des Unterzeichners, Amtsgericht Wiesbaden – 10 IN 542/17 Die Anzeige gegen Richter Walczyk erfolgt wegen des Verdachts der Beihilfe zum mehrfachen Hausfriedensbruch, der mehrfachen Nötigung, eines erneuten Erpressungsversuchs von RA Dr. Blersch (Schreiben vom 10. Juli 2018 - Anlage -) sowie zur gemeinschaftlichen strafbaren Verletzung von Datenschutzgrundrechten sowohl des Unterzeichners als auch der Fa. Scharpf & Associates GmbH, jetzt FairTaler GmbH, Berlin, sowie wegen Betruges und Untreue.

Ich stelle Strafantrag wegen aller in Betracht kommenden Delikte. Es besteht der Verdacht von Absprachen zwischen RA Dr. Blersch und Insolvenzrichter Walczyk als auch der Verantwortlichen der Sparkasse Gießen. Die Strafanzeige erfolgt auch im Namen der FairTaler GmbH, Berlin (vormals Scharpf & Associates GmbH).

Der Weiterung der Strafanzeige liegt der aus den Anlagen ersichtliche Sachverhalt zu Grunde, den ich wie folgt schildere:

Vorab ist mitzuteilen, dass ich wegen der Rambo-Vorgehensweise von RA Dr. Blersch und seiner Helfer, zu denen ich mittlerweile auch den im Insolvenzverfahren zuständigen Richter Walczyk zählen muss, meine Anwaltskanzlei in Rüdesheim, Grabenstraße 9, die ich mit Rechtsanwalt Stefan Bestgen, Frankfurt am Main, in Kooperation seit Februar 2018 geführt hatte, schließen musste. Des Weiteren musste ich die Beratungsfirma Scharpf & Associates GmbH, die in eigenen Geschäftsräumen in der Grabenstraße 9, Rüdesheim, als Consulting Unternehmen tätig gewesen ist, ebenfalls schließen und sämtliche Mitarbeiter entlassen. Eine Weiterarbeit war wegen der vom Amtsgericht Wiesbaden, Insolvenzrichter Walczyk, auf Antrag von RA Dr. Blersch angeordneten Datensperre und Kommunikationssperre nicht mehr möglich. Zu dem Antrag, der mit falschen Angaben gespickt gewesen ist, wurde ich nicht angehört.

Der Umstand, dass es Dr. Blersch unter Androhung eines erneuten Hausfriedensbruchs mit Hilfe des ihm anscheinend ergebenen Gerichtsvollziehers Kleindienst gelungen war, sich den Zugang zu den privaten Räumen